

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

am 12. Februar wählt die Bundesversammlung den neuen **Bundespräsidenten**. Er ist der ranghöchste Vertreter des deutschen Staates und oberster Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland. Doch ausgerechnet er wird nur von einem Bruchteil der Bevölkerung gewählt.

Dabei befürworten fast 70 Prozent der deutschen Bürger eine Direktwahl des Bundespräsidenten. Die große Mehrheit fordert also ein Mitbestimmungsrecht in der Frage, wer Deutschland an der Staatsspitze repräsentieren soll.



Dr. Karl Vetter, MdB
gesundheitspolitischer Sprecher

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sind wir der Überzeugung, eine Direktwahl würde dazu beitragen, dass sich die Bürger mit dem Bundespräsidenten über Parteigrenzen hinweg besser identifizieren können und diesen als „Bürgerpräsidenten“ wahrnehmen. In einer Wahl durch das Volk sehen wir zudem ein geeignetes Mittel, um die Distanz zwischen den Bürgern und dem parlamentarisch-demokratisch verfassten Staat zu verringern. Wir haben deshalb einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem wir die Direktwahl unseres obersten Repräsentanten fordern. Leider wurde unser Antrag von einer Schwarz-Rot-Grünen Koalition abgelehnt – das spricht für sich.

Bei der Bundesversammlung am 12. Februar wird der langjährige FREIE WÄHLER-Kommunalpolitiker, Jurist und Fernseh-Richter **Alexander Hold** für das Amt des Bundespräsidenten kandidieren. Wir sind uns sicher: Wenn die Bürger in eineinhalb Wochen direkt wählen dürften, wäre unser Kandidat haushoher Favorit.

R ü c k b l i c k

Im Januar urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die **NPD** zwar die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft, aber wegen ihrer Bedeutungslosigkeit **nicht verboten** werden kann. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sind wir der Ansicht, dass der Staat nicht verpflichtet sein kann, Parteien, die seine Grundordnung beseitigen wollen, auch noch mit Steuermitteln zu fördern. Wir fordern daher die Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die vom Bundesverfassungsgericht angedeuteten Handlungsspielräume für Sanktionierungsorgfältig geprüft und möglichst rasch umgesetzt werden. Ein **Entzug der staatlichen Parteienfinanzierung** kann solch eine mögliche und wirksame Sanktion unterhalb der Schwelle des Parteiverbots sein.

Wie kann dem Anstieg extremistischer, antisemitischer und terroristischer Straftaten wirkungsvoll begegnet werden? Wir halten es für notwendig, dazu die **praxisnahe politische Bildung zu stärken** und haben einen entsprechenden Antrag eingebracht. Darin fordern wir, die aktiv gelebte Demokratie in allen Bildungseinrichtungen nachhaltig zu stärken. Toleranz und Pluralismus dürfen nicht nur theoretisch vermittelt werden, sie müssen vielmehr aktiv gelebt werden. Deshalb wollen wir in Schulen wie auch in Hochschulen das Service Learning ausbauen. Auch die Möglichkeit eines freiwilligen politischen Jahres soll geprüft werden.

Der **Skandal um den Agrarproduzenten „Bayern-Ei“** schlägt nach wie vor hohe Wellen. Seit fast zwei Jahren sorgt dieser Lebensmittelskandal für Negativ-Schlagzeilen. Eine lückenlose Aufklärung seitens der Staatsregierung wäre mehrfach möglich gewesen. Nun müssen die Fakten endlich auf den Tisch! Mit einem Dringlichkeitsantrag fordert die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion die Bayerische Staatsregierung und insbesondere Verbraucherschutzministerin Ulrike Scharf auf, sich umfänglich zum „Bayern Ei“-Skandal zu äußern. Wir fordern von der Ministerin unter anderem Auskunft darüber, wer die Verantwortung für den Skandal trägt. Wer hat dafür gesorgt, dass Bevölkerung und Parlament erst mit großer Verspätung informiert wurden? Warum liegen noch immer nicht alle Fakten auf dem Tisch? Von welchem Zeitpunkt an wussten die Behörden über das Ausmaß des Lebensmittelskandals und die Anzahl an Erkrankten Bescheid? Es muss auch geklärt werden, ob Informationen absichtlich zurückgehalten wurden.

Erfolg für die Politik der FREIEN WÄHLER: Unser **Antragspaket „Schnelles Internet in Bayers Zügen“** hat im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss des Bayerischen Landtags breite Zustimmung erhalten. Ziel ist die Einführung von kostenlosem WLAN in allen bayerischen Regionalzügen, die volle Mobilfunknetzabdeckung entlang der Bahnstrecken in Bayern und der Einbau von Signalverstärkern in den Waggonen, um den Mobilfunkempfang im Zug zu verbessern.

V o r s c h a u

Am kommenden Dienstag, 7. Februar, wird sich **Alexander Hold**, unser Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, im Landtag allen interessierten Wahlleuten, Abgeordneten sowie Bürgerinnen und Bürgern präsentieren.

Impressum

Abgeordnetenbüro Dr. Karl Vetter
Altenstadter Straße 1
93413 Cham

Tel.:09971/85510

E-Mail: presse@dr-karl-vetter.de